

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	XIII
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXI
<b>Literaturverzeichnis (Auswahl)</b> .....	XXVII
<b>A. Einführung</b> .....	1
§ 1 Staat und Staatsrecht .....	1
I. Staatslehre, Staatsrechtslehre und Staatswissenschaft .....	1
II. Die Drei-Elemente-Lehre .....	2
III. Der Staat als juristische Person .....	3
IV. Das Staatsorganisationsrecht in der Rechtsordnung .....	5
V. Literatur .....	7
§ 2 Das Grundgesetz als Verfassung Deutschlands .....	8
I. Der Einigungsvertrag vom 31.8.1990 .....	8
II. Der »Zwei-plus-Vier-Vertrag« .....	10
III. Die zukünftige Verfassung Deutschlands .....	11
IV. Rechtsprechung .....	12
V. Literatur .....	12
§ 3 Die Europäische Union .....	14
I. Von der Montanunion zur Europäischen Union .....	14
II. Die Bundesrepublik als Mitglied der Europäischen Union .....	16
III. Grundlagen der Europäischen Union .....	18
IV. Die europäische Grundrechtecharta .....	19
V. Die Europäische Union als »Staatenverbund« .....	19
VI. Austritt aus der Europäischen Union .....	20
VII. Rechtsprechung .....	21
VIII. Literatur .....	21
<b>B. Die Parlamentarische Demokratie</b> .....	23
§ 4 Wahlen und Abstimmungen .....	24
I. Die Wahlsysteme .....	24
II. Die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 GG .....	26
III. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes .....	34
IV. Wahlprüfung .....	40
V. Abstimmungen .....	41
VI. Wahlen zum Europäischen Parlament .....	44
VII. Rechtsprechung .....	45
VIII. Literatur .....	45
§ 5 Die politischen Parteien .....	47
I. Die Funktion der politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie .....	47
II. Die Chancengleichheit der Parteien .....	51
III. Die staatliche Parteienfinanzierung .....	54
IV. Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 Abs. 2 GG) .....	58
V. Verfassungswidrig, aber nicht verboten – das zweite NPD-Urteil .....	61
VI. Übersicht: Einnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien in EUR (2017) .....	63
VII. Politische Parteien in der Europäischen Union .....	64
VIII. Rechtsprechung .....	64
IX. Literatur .....	64
§ 6 Der Bundestag .....	66
I. Funktionen des Parlaments im parlamentarischen Regierungssystem .....	66
II. Organisation und Arbeitsweise des Bundestages .....	79
III. Die Rechtsstellung des Abgeordneten .....	86

IV. Übersicht: Verfahren der Bundesgesetzgebung I (Initiative, Beratung, Gesetzesbeschluss) . . . . .	94
V. Das Europäische Parlament . . . . .	94
VI. Rechtsprechung . . . . .	96
VII. Literatur . . . . .	96
<b>§ 7 Der Bundesrat . . . . .</b>	<b>98</b>
I. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bundesrates . . . . .	98
II. Die Mitwirkung des Bundesrates an der Gesetzgebung des Bundes (Gesetzgebungsverfahren II) . . . . .	100
III. Beteiligung des Bundesrates an Regierung und Verwaltung des Bundes . . . . .	111
IV. Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union . . . . .	114
V. Übersichten: Verfahren der Bundesgesetzgebung II (Beteiligung des Bundesrates) . . . . .	115
VI. Zum Vergleich: Die Europäische Union . . . . .	117
VII. Rechtsprechung . . . . .	117
VIII. Literatur . . . . .	117
<b>§ 8 Die Bundesregierung . . . . .</b>	<b>119</b>
I. Der Bundeskanzler (»Kanzlerprinzip«) . . . . .	119
II. Die Bundesminister (»Ressortprinzip«) . . . . .	127
III. Die Bundesregierung als Kollegialorgan (»Kabinettsprinzip«) . . . . .	130
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union . . . . .	131
V. Rechtsprechung . . . . .	132
VI. Literatur . . . . .	132
<b>§ 9 Der Bundespräsident . . . . .</b>	<b>134</b>
I. Die Stellung des Staatsoberhauptes im Regierungssystem . . . . .	134
II. Staatsrechtliche Kompetenzen des Bundespräsidenten . . . . .	136
III. Rechtsstellung des Bundespräsidenten . . . . .	144
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union . . . . .	147
V. Rechtsprechung . . . . .	147
VI. Literatur . . . . .	147
<b>C. Der Bundesstaat . . . . .</b>	<b>149</b>
<b>§ 10 Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen . . . . .</b>	<b>153</b>
I. Die Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder (Art. 70 GG) . . . . .	153
II. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	154
III. Konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes (Art. 72, 74 GG) . . . . .	156
IV. Neue Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern . . . . .	162
V. Grundsatzgesetzgebung des Bundes (Art. 109 Abs. 4 GG) . . . . .	164
VI. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes? . . . . .	164
VII. Übersicht: Gesetzgebungskompetenzen des Bundes . . . . .	168
VIII. Zum Vergleich: Die Europäische Union . . . . .	168
IX. Rechtsprechung . . . . .	169
X. Literatur . . . . .	169
<b>§ 11 Die Ausführung der Bundesgesetze durch Landes- und Bundesverwaltung . . . . .</b>	<b>171</b>
I. Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder . . . . .	171
II. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung . . . . .	180
III. Verfassungsgrundsätze der Verwaltungsorganisation . . . . .	185
IV. Übersicht: Ausführung der Bundesgesetze durch Bundes- und Landesverwaltung . . . . .	190
V. Vollzug des Unionsrechts . . . . .	191
VI. Rechtsprechung . . . . .	192
VII. Literatur . . . . .	192
<b>§ 12 Gerichtsorganisation und Rechtsprechung des Bundes . . . . .</b>	<b>193</b>
I. Gerichtsaufbau in der Bundesrepublik . . . . .	193
II. Bundesgerichte als Instanzgerichte . . . . .	194
III. Übersichten . . . . .	196
IV. Gerichte der Europäischen Union . . . . .	197
V. Rechtsprechung . . . . .	197
VI. Literatur . . . . .	197
<b>§ 13 Das bundesstaatliche Rechtsverhältnis . . . . .</b>	<b>198</b>
I. Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG) . . . . .	198

II. Pflicht zum bundesfreundlichen Verhalten (Bundestreue) . . . . .	199
III. Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG) . . . . .	200
IV. Bundeszwang (Art. 37 GG) . . . . .	201
V. Moderne Gestaltungsformen bundesstaatlicher Zusammenarbeit . . . . .	203
VI. Zum Vergleich: Die Europäische Union . . . . .	206
VII. Rechtsprechung . . . . .	206
VIII. Literatur . . . . .	206
<b>D. Der Rechtsstaat . . . . .</b>	<b>207</b>
§ 14 Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen . . . . .	208
I. Trennung der Staatsfunktionen . . . . .	208
II. Konstituierung »besonderer« Organe . . . . .	210
III. Zuweisung der Funktionen an die verschiedenen Staatsorgane . . . . .	211
IV. Einrichtung von Kontrollen . . . . .	212
V. Gewaltenteilung in der Europäischen Union . . . . .	213
VI. Übersicht: Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen . . . . .	214
VII. Rechtsprechung . . . . .	214
VIII. Literatur . . . . .	214
§ 15 Die Rechtsgebundenheit der Staatsorgane . . . . .	216
I. Dichotomie von »Gesetz und Recht« (Art. 20 Abs. 3 GG) . . . . .	216
II. Rechtsstaatliche Normenhierarchie . . . . .	216
III. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	220
IV. Rechtsetzung in der Europäischen Union . . . . .	221
V. Rechtsprechung . . . . .	222
VI. Literatur . . . . .	223
§ 16 Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte . . . . .	224
I. Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG) . . . . .	224
II. Richterliche Unabhängigkeit (Art. 97 GG) . . . . .	227
III. Der gesetzliche Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG) . . . . .	229
IV. Rechtsschutz in der Europäischen Union . . . . .	230
V. Rechtsprechung . . . . .	230
VI. Literatur . . . . .	231
§ 17 Das Bundesverfassungsgericht . . . . .	232
I. Der Rechtsstatus des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	232
II. Zur Organisation des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	234
III. Das Bundesverfassungsgericht im Spannungsverhältnis von Recht und Politik . . . . .	236
IV. Der Europäische Gerichtshof als Verfassungsgericht der Europäischen Union . . . . .	239
V. Rechtsprechung . . . . .	239
VI. Literatur . . . . .	239
§ 18 Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten . . . . .	241
I. Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63ff. BVerfGG) . . . . .	242
II. Bund-Länder-Streitigkeit (Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68ff. BVerfGG) . . . . .	245
III. Abstrakte Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76ff. BVerfGG) . . . . .	247
IV. Konkrete Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 13 Nr. 11, 80ff. BVerfGG) . . . . .	253
V. Verfassungsbeschwerde (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG) . . . . .	257
VI. Übersichten . . . . .	261
VII. Verfahrensarten vor dem Europäischen Gerichtshof . . . . .	263
VIII. Rechtsprechung . . . . .	266
IX. Literatur . . . . .	267
<b>E. Das Sozialstaatsprinzip . . . . .</b>	<b>269</b>
§ 19 Die Bundesrepublik als Sozialstaat . . . . .	272
I. Grundgesetzliche Ausformungen des Sozialstaatsprinzips . . . . .	272
II. Das Sozialstaatsprinzip in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	273
III. Schranken des Sozialstaates? . . . . .	275
IV. Übersicht: Der Bundeshaushalt . . . . .	277
V. Sozialpolitik in der Europäischen Union . . . . .	277
VI. Rechtsprechung . . . . .	278
VII. Literatur . . . . .	278

<b>F. Der Schutz der Verfassung</b>	279
§ 20 Institute zur Sicherung der Verfassung	280
I. Der Bestandsschutz des Grundgesetzes	280
II. Verfassungsschutz im Innenbereich	286
III. Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen	289
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	292
V. Rechtsprechung	292
VI. Literatur	293
<b>G. Die Bundesrepublik in der Staatengemeinschaft</b>	295
§ 21 Die auswärtigen Beziehungen	296
I. Bundes- und Landeskompetenzen im Bereich der auswärtigen Beziehungen	296
II. Zuständigkeit der Bundesorgane im Bereich der auswärtigen Beziehungen	300
III. Die verfassungsrechtliche Kontrolle von Akten der »auswärtigen Gewalt«	305
IV. Übersichten: Völkerrechtliche Verträge	308
V. Beispiel einer Ratifikationsurkunde	310
VI. Die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union	310
VII. Rechtsprechung	311
VIII. Literatur	311
§ 22 Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in internationalen Organisationen	313
I. Vereinte Nationen (UNO)	314
II. Nordatlantik-Vertrag (NATO)	315
III. Europarat	315
IV. Rechtsprechung	316
V. Literatur	316
<b>Sachverzeichnis</b>	317

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	IX
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXI
<b>Literaturverzeichnis (Auswahl)</b> .....	XXVII
<b>A. Einführung</b> .....	1
§ 1 Staat und Staatsrecht .....	1
I. Staatslehre, Staatsrechtslehre und Staatswissenschaft .....	1
II. Die Drei-Elemente-Lehre .....	2
III. Der Staat als juristische Person .....	3
IV. Das Staatsorganisationsrecht in der Rechtsordnung .....	5
1. Staatsorganisationsrecht – Staatsrecht – Öffentliches Recht .....	5
2. Staatsrecht – Verfassungsrecht .....	6
V. Literatur .....	7
§ 2 Das Grundgesetz als Verfassung Deutschlands .....	8
I. Der Einigungsvertrag vom 31.8.1990 .....	8
II. Der »Zwei-plus-Vier-Vertrag« .....	10
III. Die zukünftige Verfassung Deutschlands .....	11
IV. Rechtsprechung .....	12
V. Literatur .....	12
§ 3 Die Europäische Union .....	14
I. Von der Montanunion zur Europäischen Union .....	14
II. Die Bundesrepublik als Mitglied der Europäischen Union .....	16
1. Das primäre Unionsrecht .....	16
2. Das »sekundäre« Unionsrecht .....	16
3. Das Verhältnis von nationalem und supranationalem Recht .....	17
III. Grundlagen der Europäischen Union .....	18
1. Wirtschafts- und Währungsunion .....	18
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik .....	18
3. Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit in Strafsachen .....	18
IV. Die europäische Grundrechtecharta .....	19
V. Die Europäische Union als »Staatenverbund« .....	19
VI. Austritt aus der Europäischen Union .....	20
VII. Rechtsprechung .....	21
VIII. Literatur .....	21
<b>B. Die Parlamentarische Demokratie</b> .....	23
§ 4 Wahlen und Abstimmungen .....	24
I. Die Wahlsysteme .....	24
1. Das Mehrheitswahlrecht .....	24
2. Das Verhältniswahlrecht .....	26
II. Die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 GG .....	26
1. Grundsatz 1: Die Allgemeinheit der Wahl .....	26
2. Grundsatz 2: Die Unmittelbarkeit der Wahl .....	28
3. Grundsatz 3: Die Geheimheit der Wahl .....	29
4. Grundsatz 4: Die Freiheit der Wahl .....	30
5. Grundsatz 5: Die Gleichheit der Wahl .....	31
III. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes .....	34
IV. Wahlprüfung .....	40
V. Abstimmungen .....	41
VI. Wahlen zum Europäischen Parlament .....	44
VII. Rechtsprechung .....	45

VIII. Literatur	45
§ 5 Die politischen Parteien	47
I. Die Funktion der politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie	47
1. Begriff der »politischen Partei«	47
2. Gründungsfreiheit und innere Ordnung der Parteien	48
3. Mitwirkung bei der »politischen Willensbildung des Volkes«	49
II. Die Chancengleichheit der Parteien	51
1. Materialer und formaler Gleichheitssatz	51
2. Ausformung der Chancengleichheit durch das Parteiengesetz	52
3. Gerichtliche Durchsetzung der Chancengleichheit	53
III. Die staatliche Parteienfinanzierung	54
1. Unmittelbare Parteienfinanzierung	55
2. Rechenschaftspflicht und Festsetzungsverfahren	56
3. Steuerliche Begünstigung von Mitgliedsbeiträgen und Parteispenden	57
IV. Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 Abs. 2 GG)	58
1. Die »freiheitliche demokratische Grundordnung« als Schutzgut	58
2. Das Verbotsverfahren (§§ 43 ff. BVerfGG)	59
3. Rechtsfolgen des Parteiverbots	60
V. Verfassungswidrig, aber nicht verboten – das zweite NPD-Urteil	61
VI. Übersicht: Einnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien in EUR (2017)	63
VII. Politische Parteien in der Europäischen Union	64
VIII. Rechtsprechung	64
IX. Literatur	64
§ 6 Der Bundestag	66
I. Funktionen des Parlaments im parlamentarischen Regierungssystem	66
1. Wahlfunktion	66
2. Kontrollfunktion	66
a) Zitier- und Interpellationsrecht (Art. 43 Abs. 1 GG)	66
b) Einsetzung von Untersuchungsausschüssen (Art. 44 GG)	67
c) Schlichte Parlamentsbeschlüsse	70
3. Gesetzgebungsfunktion (Gesetzgebungsverfahren I)	71
a) Gesetzesinitiative (Art. 76 GG)	71
b) Gesetzesberatung	72
c) Gesetzesbeschluss (Art. 77 Abs. 1 GG)	74
4. Mitwirkungsfunktion in Angelegenheiten der Europäischen Union und der NATO	75
5. Repräsentationsfunktion	77
II. Organisation und Arbeitsweise des Bundestages	79
1. Präsident, Präsidium, Ältestenrat	79
a) Bundestagspräsident (Art. 40 GG)	79
b) Präsidium	80
c) Ältestenrat	80
2. Bundestagsausschüsse	80
3. Fraktionen	82
4. Wahlperiode des Bundestages (Art. 39 Abs. 1 GG)	84
III. Die Rechtsstellung des Abgeordneten	86
1. Das parlamentarische Mandat (Art. 38 Abs. 1 GG)	86
2. Indemnität und Immunität (Art. 46 GG)	88
a) Indemnität (Art. 46 Abs. 1 GG)	88
b) Immunität (Art. 46 Abs. 2 GG)	88
3. Parlamentarische Rechte des Abgeordneten	90
4. Anspruch auf angemessene Entschädigung (Art. 48 Abs. 3 GG)	91
5. Pflichten der Abgeordneten	92
IV. Übersicht: Verfahren der Bundesgesetzgebung I (Initiative, Beratung, Gesetzesbeschluss)	94
V. Das Europäische Parlament	94
VI. Rechtsprechung	96
VII. Literatur	96
§ 7 Der Bundesrat	98
I. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bundesrates	98

II.	Die Mitwirkung des Bundesrates an der Gesetzgebung des Bundes (Gesetzgebungsverfahren II) . . . . .	100
1.	Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	100
2.	Zustimmungsbedürftigkeit von Änderungsgesetzen . . . . .	105
3.	Aufspaltung von Gesetzen . . . . .	107
4.	Vermittlungsverfahren (Art. 77 Abs. 2 GG) . . . . .	108
a)	Vermittlungsverfahren bei Einspruchsgesetzen . . . . .	108
b)	Vermittlungsverfahren bei Zustimmungsgesetzen . . . . .	109
5.	Zustandekommen von Bundesgesetzen (Art. 78 GG) . . . . .	110
III.	Beteiligung des Bundesrates an Regierung und Verwaltung des Bundes . . . . .	111
1.	Zustimmungsbedürftigkeit von Rechtsverordnungen (Art. 80 Abs. 2 GG) . . . . .	111
2.	Zustimmungsbedürftigkeit von Verwaltungsvorschriften (Art. 84 Abs. 2, 85 Abs. 2 S. 1 GG) . . . . .	112
IV.	Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union . . . . .	114
V.	Übersichten: Verfahren der Bundesgesetzgebung II (Beteiligung des Bundesrates) . . . . .	115
1.	Einspruchsgesetz . . . . .	115
2.	Zustimmungsgesetz . . . . .	116
VI.	Zum Vergleich: Die Europäische Union . . . . .	117
VII.	Rechtsprechung . . . . .	117
VIII.	Literatur . . . . .	117
§ 8	Die Bundesregierung . . . . .	119
I.	Der Bundeskanzler (»Kanzlerprinzip«) . . . . .	119
1.	Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 GG) . . . . .	119
2.	Die persönliche Rechtsstellung des Bundeskanzlers . . . . .	120
3.	Kompetenzen . . . . .	121
a)	Richtlinienkompetenz (Art. 65 S. 1 GG) . . . . .	121
b)	Personalentscheidungen und Organisationsgewalt . . . . .	122
c)	Geschäftsleitungsbefugnis . . . . .	124
4.	Vertrauensfrage (Art. 68 GG) . . . . .	124
5.	Konstruktives Misstrauensvotum (Art. 67 GG) . . . . .	126
6.	Rücktritt . . . . .	126
II.	Die Bundesminister (»Ressortprinzip«) . . . . .	127
1.	Selbständige Leitung des Geschäftsbereichs (Art. 65 S. 2 GG) . . . . .	127
2.	Die einzelnen Ressorts . . . . .	128
3.	Verantwortlichkeit der Bundesminister . . . . .	128
III.	Die Bundesregierung als Kollegialorgan (»Kabinettsprinzip«) . . . . .	130
IV.	Zum Vergleich: Die Europäische Union . . . . .	131
V.	Rechtsprechung . . . . .	132
VI.	Literatur . . . . .	132
§ 9	Der Bundespräsident . . . . .	134
I.	Die Stellung des Staatsoberhauptes im Regierungssystem . . . . .	134
1.	Die Stellung des Reichspräsidenten nach der Weimarer Reichsverfassung . . . . .	134
2.	Die Parlamentarisierung des Regierungssystems durch das Grundgesetz . . . . .	135
II.	Staatsrechtliche Kompetenzen des Bundespräsidenten . . . . .	136
1.	Die völkerrechtliche Vertretung des Bundes (Art. 59 Abs. 1 GG) . . . . .	136
2.	Ernennung und Entlassung von Amtsträgern des Bundes (Art. 60 Abs. 1, 64 Abs. 1 GG) . . . . .	137
3.	Ausfertigung und Verkündung von Bundesgesetzen (Gesetzgebungsverfahren III) . . . . .	138
4.	Auflösung des Bundestages (Art. 63 Abs. 4, 68 Abs. 1 GG) . . . . .	141
5.	Begnadigungsrecht (Art. 60 Abs. 2 GG) . . . . .	143
III.	Rechtsstellung des Bundespräsidenten . . . . .	144
1.	Wahl des Bundespräsidenten (Art. 54 GG) . . . . .	144
2.	Inkompatibilität und Immunität (Art. 55, 60 GG) . . . . .	145
3.	Gegenzeichnung (Art. 58 GG) . . . . .	145
4.	Präsidentenanklage (Art. 61 GG) . . . . .	146
IV.	Zum Vergleich: Die Europäische Union . . . . .	147
V.	Rechtsprechung . . . . .	147
VI.	Literatur . . . . .	147

<b>C. Der Bundesstaat</b>	149
§ 10 Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	153
I. Die Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder (Art. 70 GG)	153
II. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	154
1. Bundeskompetenzen nach Art. 71, 73 GG	154
2. Kompetenzzuweisungen durch den Begriff »Bundesgesetz«	155
III. Konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes (Art. 72, 74 GG)	156
1. Kernkompetenzen	156
2. Bedarfskompetenzen (Art. 72 Abs. 2 GG)	158
3. Abweichungskompetenzen (Art. 72 Abs. 3 GG)	161
IV. Neue Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern	162
1. Neue Länderzuständigkeiten	162
2. Neue Bundeszuständigkeiten	163
3. Wiedergewinnung des föderalen Gleichgewichts?	163
V. Grundsatzgesetzgebung des Bundes (Art. 109 Abs. 4 GG)	164
VI. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes?	164
1. Bundeskompetenzen kraft Sachzusammenhangs	165
2. »Annex-Kompetenz«	165
3. Kompetenzen »aus der Natur der Sache«	166
VII. Übersicht: Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	168
VIII. Zum Vergleich: Die Europäische Union	168
IX. Rechtsprechung	169
X. Literatur	169
§ 11 Die Ausführung der Bundesgesetze durch Landes- und Bundesverwaltung	171
I. Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	171
1. Ausführung der Bundesgesetze als landeseigene Angelegenheit (Art. 83, 84 GG)	172
a) Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren (Art. 84 Abs. 1 GG)	172
b) Erlass von Verwaltungsvorschriften (Art. 84 Abs. 2 GG)	175
c) Rechtsaufsicht des Bundes (Art. 84 Abs. 3 GG)	175
d) Aufsichtsmaßnahmen (Art. 84 Abs. 3 und 4 GG)	176
2. Ausführung der Bundesgesetze im Auftrag des Bundes (Art. 85 GG)	177
a) Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren; Verwaltungsvorschriften (Art. 85 Abs. 1 und 2 GG)	178
b) Bund-Länder-Verhältnis bei der Auftragsverwaltung	179
II. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung	180
1. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau (Typ 1)	181
2. Die Ausführung der Bundesgesetze durch Bundesoberbehörden (Typ 2)	182
3. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (Typ 3)	184
III. Verfassungsgrundsätze der Verwaltungsorganisation	185
1. Verbot der Mischverwaltung	185
2. Typenzwang für bundeseigene Verwaltung?	186
3. Gesetzgebungskompetenzen als Grenze der Verwaltungskompetenzen	187
4. Flucht ins Privatrecht	188
IV. Übersicht: Ausführung der Bundesgesetze durch Bundes- und Landesverwaltung	190
1. Ausführung der Bundesgesetze durch Landesverwaltung	190
2. Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung	190
V. Vollzug des Unionsrechts	191
VI. Rechtsprechung	192
VII. Literatur	192
§ 12 Gerichtsorganisation und Rechtsprechung des Bundes	193
I. Gerichtsaufbau in der Bundesrepublik	193
II. Bundesgerichte als Instanzgerichte	194
1. Bundespatentgericht	194
2. Truppendienstgerichte (Art. 96 Abs. 4 GG)	195
3. Staatsschutzsachen (Art. 96 Abs. 5 GG)	195
III. Übersichten	196
1. Instanzenzug zwischen Länder- und Bundesgerichten	196



	2. Ausschließliche Gerichtsbarkeit des Bundes (Art. 96 GG)	196
IV.	Gerichte der Europäischen Union	197
V.	Rechtsprechung	197
VI.	Literatur	197
§ 13	Das bundesstaatliche Rechtsverhältnis	198
I.	Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG)	198
II.	Pflicht zum bundesfreundlichen Verhalten (Bundestreue)	199
III.	Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG)	200
IV.	Bundeszwang (Art. 37 GG)	201
V.	Moderne Gestaltungsformen bundesstaatlicher Zusammenarbeit	203
	1. Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusammenarbeit (Art. 91a–e GG)	203
	2. »Paktierender Föderalismus«	205
	3. Selbstkoordination der Länder	205
VI.	Zum Vergleich: Die Europäische Union	206
VII.	Rechtsprechung	206
VIII.	Literatur	206
D.	Der Rechtsstaat	207
§ 14	Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	208
I.	Trennung der Staatsfunktionen	208
	1. Gesetzgebung (Rechtsetzung)	209
	2. Vollziehung	209
	3. Rechtsprechung	209
II.	Konstituierung »besonderer« Organe	210
III.	Zuweisung der Funktionen an die verschiedenen Staatsorgane	211
IV.	Einrichtung von Kontrollen	212
V.	Gewaltenteilung in der Europäischen Union	213
VI.	Übersicht: Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen	214
VII.	Rechtsprechung	214
VIII.	Literatur	214
§ 15	Die Rechtsgebundenheit der Staatsorgane	216
I.	Dichotomie von »Gesetz und Recht« (Art. 20 Abs. 3 GG)	216
II.	Rechtsstaatliche Normenhierarchie	216
	1. Verfassung	217
	2. Parlamentsgesetz	217
	3. Rechtsverordnungen	218
III.	Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	220
	1. Vorrang der Verfassung	220
	2. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	220
IV.	Rechtsetzung in der Europäischen Union	221
V.	Rechtsprechung	222
VI.	Literatur	223
§ 16	Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte	224
I.	Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	224
	1. Begriff der »öffentlichen Gewalt«	224
	2. Behauptung der Verletzung subjektiver Rechte	225
	3. Rechtsweg als Weg zu Gerichten	226
	4. Grundsatz der »Rechtsschutzeffektivität«	226
II.	Richterliche Unabhängigkeit (Art. 97 GG)	227
	1. Sachliche Unabhängigkeit des Richters (Art. 97 Abs. 1 GG)	227
	2. Persönliche Unabhängigkeit (Art. 97 Abs. 2 GG)	228
III.	Der gesetzliche Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	229
IV.	Rechtsschutz in der Europäischen Union	230
V.	Rechtsprechung	230
VI.	Literatur	231
§ 17	Das Bundesverfassungsgericht	232
I.	Der Rechtsstatus des Bundesverfassungsgerichts	232
II.	Zur Organisation des Bundesverfassungsgerichts	234
	1. Richterwahl (Art. 94 Abs. 1 GG)	234

2. Wahlvoraussetzungen und Rechtsstellung der Richter	235
III. Das Bundesverfassungsgericht im Spannungsverhältnis von Recht und Politik	236
IV. Der Europäische Gerichtshof als Verfassungsgericht der Europäischen Union	239
V. Rechtsprechung	239
VI. Literatur	239
<b>§ 18 Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten</b>	<b>241</b>
I. Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63ff. BVerfGG)	242
1. Rechtsnatur der Organstreitigkeit	242
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	243
a) Parteifähigkeit (§ 63 BVerfGG)	243
b) Antragsbefugnis (§ 64 Abs. 1, 2 BVerfGG)	244
c) Entscheidung (§ 67 BVerfGG)	245
II. Bund-Länder-Streitigkeit (Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68ff. BVerfGG)	245
1. Rechtsnatur und Ausgestaltung des Verfahrens	245
2. Zur gegenwärtigen Bedeutung der Bund-Länder-Streitigkeit	246
III. Abstrakte Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76ff. BVerfGG)	247
1. Rechtsnatur der abstrakten Normenkontrolle	247
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	248
a) Antragsberechtigung	248
b) Prüfungsgegenstand	248
c) Antragsbefugnis (§ 76 Abs. 1 BVerfGG)	250
3. Prüfungsmaßstab und Entscheidung	250
IV. Konkrete Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 13 Nr. 11, 80ff. BVerfGG)	253
1. Richterliche Kompetenz zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen	253
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	254
a) Vorlageberechtigung	254
b) Vorlagefähige Norm	254
c) Entscheidungserheblichkeit	256
d) Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit der Norm	256
3. Normenkontrollentscheidung	257
V. Verfassungsbeschwerde (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG)	257
1. Rechtsnatur der Verfassungsbeschwerde	257
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	258
a) Beschwerdefähigkeit (Antragsberechtigung)	258
b) Akt der »öffentlichen Gewalt«	258
c) Beschwerdebefugnis	258
d) Frist	259
e) Erschöpfung des Rechtswegs (§ 90 Abs. 2 BVerfGG)	259
3. Das Annahmeverfahren (§§ 93a–d BVerfGG)	260
VI. Übersichten	261
1. Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten	261
2. Entscheidungen des BVerfG gegliedert nach Verfahrensarten	263
VII. Verfahrensarten vor dem Europäischen Gerichtshof	263
1. Vertragsverletzungsklage (Art. 258 AEUV)	263
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	264
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	265
4. Vorabentscheidungsverfahren	265
VIII. Rechtsprechung	266
IX. Literatur	267
<b>E. Das Sozialstaatsprinzip</b>	<b>269</b>
<b>§ 19 Die Bundesrepublik als Sozialstaat</b>	<b>272</b>
I. Grundgesetzliche Ausformungen des Sozialstaatsprinzips	272
1. Bewältigung der Kriegsfolgen	272
2. Sozialversicherung	272
3. Sozialhilfe	273
4. Arbeitsrecht, insbesondere Arbeitsschutz	273
5. Ausbildungsförderung	273
II. Das Sozialstaatsprinzip in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	273

1. Allgemeine Bedeutung des Sozialstaatsprinzips	274
2. Sozialstaatsprinzip und »Daseinsfürsorge«	275
3. Sozialstaatsprinzip und Sozialversicherung	275
III. Schranken des Sozialstaates?	275
IV. Übersicht: Der Bundeshaushalt	277
V. Sozialpolitik in der Europäischen Union	277
VI. Rechtsprechung	278
VII. Literatur	278
<b>F. Der Schutz der Verfassung</b>	279
§ 20 Institute zur Sicherung der Verfassung	280
I. Der Bestandsschutz des Grundgesetzes	280
1. Erschwerte Abänderbarkeit der Verfassung (Art. 79 Abs. 2 GG)	280
2. Das Verbot der Verfassungsdurchbrechung (Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG)	281
3. Die sog. »Klarstellungsklausel« (Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG)	283
4. Grenzen der Verfassungsänderung (Art. 79 Abs. 3 GG)	283
II. Verfassungsschutz im Innenbereich	286
1. Verfassungstreue des Beamten	286
2. Präsidentenanklage und Richteranklage (Art. 61, 98 Abs. 2 GG)	288
3. Verfassungssicherung durch parlamentarische Kontrolle	289
III. Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen	289
1. Nachrichtendienstlicher Verfassungsschutz	289
2. Abwehr konkreter Gefahren für die Verfassung	290
3. Grundrechtsverwirkung, Vereins- und Parteiverbot (Art. 18, 9 Abs. 2, 21 Abs. 2 GG)	290
4. Strafrechtlicher Verfassungsschutz	292
IV. Zum Vergleich: Die Europäische Union	292
V. Rechtsprechung	292
VI. Literatur	293
<b>G. Die Bundesrepublik in der Staatengemeinschaft</b>	295
§ 21 Die auswärtigen Beziehungen	296
I. Bundes- und Landeskompetenzen im Bereich der auswärtigen Beziehungen	296
1. Abschluss- und Transformations-(Vollzugs-)kompetenz	296
2. Bundeskompetenzen im Bereich der auswärtigen Beziehungen	297
3. Teilhabe der Bundesländer an den auswärtigen Beziehungen	299
II. Zuständigkeit der Bundesorgane im Bereich der auswärtigen Beziehungen	300
1. Pflege der auswärtigen Beziehungen als exekutive Kompetenz	300
2. Beteiligung von Bundestag und Bundesrat an Verträgen mit auswärtigen Staaten (Art. 59 Abs. 2 GG)	301
3. Beteiligung des Bundespräsidenten an der Vertragsgesetzgebung	304
4. Verwaltungsabkommen (Art. 59 Abs. 2 S. 2 GG)	305
III. Die verfassungsrechtliche Kontrolle von Akten der »auswärtigen Gewalt«	305
1. Vertragsgesetz als Gegenstand der abstrakten Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG)	306
2. Inhaltliche Kontrolle völkerrechtlicher Verträge durch das Bundesverfassungsgericht	307
IV. Übersichten: Völkerrechtliche Verträge	308
1. Verbandskompetenzen (Abschluss und Transformation)	308
2. Vertragsarten und Mitwirkungsakte von Bundestag und Bundesrat	308
3. Verfahren des Vertragsabschlusses	309
V. Beispiel einer Ratifikationsurkunde	310
VI. Die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union	310
VII. Rechtsprechung	311
VIII. Literatur	311
§ 22 Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in internationalen Organisationen	313
I. Vereinte Nationen (UNO)	314
II. Nordatlantik-Vertrag (NATO)	315
III. Europarat	315
IV. Rechtsprechung	316
V. Literatur	316
<b>Sachverzeichnis</b>	317